# Neuigkeiten aus Peru Casa Verde
# Kurznachrichten – Sonderausgabe 3
# 4.01.2023 - 09.01.2023

Liebe Freunde der Casa Verde.

Leider reißen die besorgniserregenden Nachrichten aus Peru nicht ab und so sehen wir uns erneut genötigt, Sie über diese dritte Sonderausgabe, über die aktuellen Geschehnisse in Peru zu informieren.

Kurze Zusammenfassung der bisherigen Ereignisse.

Nach einem gescheiterten Autoputsch des mittlerweile ehemaligen Präsidenten Pedro Castillo, endet seine recht unrühmliche eineinhalbjährige Regierungszeit mit seiner Verhaftung.

Gemäß der peruanischen Verfassung, tritt die bisherige Vizepräsidentin Diana Boluarte die Nachfolge Castillos an und wird Anfang Dezember als neue Präsidentin Perus vereidigt.

Dies wird von radikalen Kräften der Partei Castillos als Verrat gewertet und es gelingt diesen Kräften. beachtliche Bevölkerungsgruppen. insbesondere im Süden Perus zu mobilisieren und auf die Straße zu bringen. Inwieweit diese Kräfte von Nachfolgeorganisationen der Terrororganisation „Der Leuchtende Pfad“ gesteuert und finanziert werden, wird zumindest vermutet. Die Demonstrationen in den Regionen, Cusco, Ayacucho, Ica und Arequipa weiten sich aus und radikalisieren sich zunehmend. Unzählige Verkehrsverbindungen werden besetzt und wichtige Versorgungsadern lahmgelegt. Flughäfen besetzt. Geschäfte zerstört und geplündert. Polizeikräfte und Militär antworten mit Gewalt, die ebenfalls eskaliert und bis vor Weihnachten zählt Peru eine Bilanz von 21 Todesopfern und unzähligen Verletzten. Die Sachschäden belaufen sich auf astronomische Summen und der nationale und internationale Tourismus kommt vollkommen zum Erliegen.

Kurz vor Weihnachten, kündigen die Demonstranten einen Waffenstillstand bis zum 04 Januar an.

Wer sich in der Hoffnung wähnte, dass die Demonstrationen und die damit verbundenen Ausschreitungen nun ein Ende gefunden hätten, sollte bitter enttäuscht werden:

**4. Januar**

Am Mittwochmorgen, dem 4. Januar, begannen vor allem im Süden wie angekündigt, die ersten Manifestationen, den die Organisatoren den „Großen Nationalstreik“, oder auch „Marcha de los 4 Suyos“[1] nannten und beendeten damit den Waffenstillstand.

Andahuaylas (Apurímac), Ayacucho, Arequipa, Cusco, Huancavelica, Madre de Dios, Moquegua und Puno waren die Städte, die dieser Wiederaufnahme des Streiks folgten, allesamt Städte des Süden Perus. Von einigen Führern des Streiks wurde sogar ernsthaft vorgeschlagen, die südliche Makroregion vom Rest Perus abzutrennen, ähnlich den Separatistenbewegungen in einigen europäischen Ländern. Die genannten Gebiete sind die Regionen Arequipa, Cuzco, Puno, Moquegua, Tacna und Apurimac.

*„Dies wird ein unbefristeter Streik sein, und wenn er nicht beachtet wird oder wir keine Antwort von der zentralen Ebene erhalten, werden wir mit der Arbeit am rechtlichen Teil beginnen, um den Makro-Süden von Peru zu trennen“, sagte Felix Suasaca. Präsident der Einheitlichen Verteidigungsfront gegen die Kontamination des Coata-Beckens und des Titicaca-Sees.*

[1] In Anlehnung an die 4 Distrikte des Inkareichs : Chinchaysuyo, Antisuyo, Collasuyo und Contisuyo und in Anlehnung an die großen Protestmärsche gegen Ex-Präsident Alberto Fujimori im Jahr 2000

Die Vertreter der Streikkomitees formulieren die folgenden Hauptforderungen:

- Vorgezogene Neuwahlen bereits 2023 und nicht wie von der Exekutive angeboten April 2024
- Rücktritt der amtierenden Präsidentin Dina Boluarte
- Auflösung des Kongresses
- Freilassung des Ex-Präsidenten Pedro Castillo
- Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung
- Schuldanerkennung für die, bei den ersten Ausschreitungen verursachten Todesopfer durch die Polizeikräfte

Kurzum, nahezu allesamt Forderungen, die nicht erfüllt werden können, wenn die Regierung nicht gleichzeitig eine Bankrotterklärung abgeben möchte.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, begannen an diesem Tag wieder die ersten Straßenblockaden in Madre de Dios, Junín, Apurímac, Arequipa, Puno und Tacna und so wurden zahlreiche strategische Verkehrsverbindungen erneut unterbrochen, was die Versorgungslage in den betroffenen Gebieten prekär werden lässt.

Hunderte von Demonstranten waren aus verschiedenen Teilen des Landes auch nach Lima gekommen und versammelten sich in der Umgebung der Plaza San Martín, obwohl die PNP (Nationalpolizei Perus) zunächst den Zugang zu diesem Ort zu verhindern versuchte.

Am Nachmittag begannen die Zusammenstöße an der Kreuzung der Straßen Abancay und Nicolás de Piérola. Tränengasbomben, Geschosse, Steine und Stöcke wurden von beiden Seiten geworfen. Gegen 19:30 Uhr herrschte in der Gegend leichte Ruhe und der Verkehr nahm wieder Fahrt auf.

**5. Januar:** Nationaler Streik mit Straßenblockaden in Ica, Cusco und Puno

Anders als am Vortag begannen am Donnerstag, dem 5. Januar, die Proteste in verschiedenen Regionen Perus bereits am frühen Morgen. In den Regionen Puno, Ica und Moquegua blieben weiterhin mehrere Straßenabschnitte gesperrt. In Puno wurde zudem die Mautstelle auf der Straße Puno - Desaguadero in Brand gesetzt. In Arequipa, wo ebenfalls eine Straßensperre errichtet wurde, ging das Militär auf die Straße und löste die Straßensperren auf. Die soziale und politische Krise verschärfte sich. Auch Cusco

kam dem Ruf des Protestes nach, obwohl dieser hauptsächlich in den Außenbezirken der Stadt (Urubamba, Canchis, Calca, La Convención) Gehör fand.

Verschiedene Fachleute betonten unter anderem auch die wirtschaftlichen Verluste für das Land. Allein im Fall von Puno beliefen sich diese, laut der Handelskammer von Puno, auf 450 Millionen Soles pro Tag.

An diesem Tag berichteten die Agrargewerkschaften von Ica, dass sie von einigen Demonstranten bedroht und daran gehindert wurden, zu ihrem Arbeitsplatz zu gehen.

Kongresspräsident José Williams forderte seinerseits, „jedes Maß an Gewalt bei den Protesten zu vermeiden [...] und auf den Weg des Dialogs zu setzen“.

Der Parlamentarier Jorge Montoya gab bekannt, dass er den ehemaligen Präsidenten von Bolivien, Evo Morales, den ehemaligen Gouverneur von Junín und den Gouverneur von Puno wegen der Verbrechen des Angriffs auf die nationale Sicherheit und des Hochverrats angeprangert habe.

Der Tag endete mit einem Bericht von Verteidigungsminister Jorge Chávez, der feststellte, dass die Demonstrationen bisher nicht die Intensität der Demonstrationen vom Dezember 2022 hätten und dass

die meisten Demonstrationen in Cusco und Puno aufträten. Dina Boluarte rief weiterhin zu Ruhe und sozialem Frieden auf.

**6 Januar Engpässe und Verwundete**

Protagonist der Proteste war einmal mehr die südliche Region. Puno begann den Tag mit der „großen Mobilisierung der Aymaras“ auf der internationalen Brücke. Dies geschah an der Grenze von Puno zu Bolivien.
In Ica verschlechterte sich die Situation. Mehrere Passagiere gaben an, seit vergangenem Mittwoch am Kilometer 290 gestrandet zu sein. Stunden später blieb ihnen nichts anderes übrig, als zu Fuß an ihr Ziel zu gelangen. In Tacna schlossen die Händler ihre Stände und schlossen sich dem Protest an. Transportunternehmen setzten den Verkauf von nationalen Tickets nach Arequipa, Ica, Cusco, Puno und Puerto Maldonado aus.

Das Ministerium für Agrarentwicklung und Bewässerung (Midagri) gab bekannt, dass das Angebot des Großen Großhandelsmarkts von Lima (GMML) im Vergleich zum Vormonat um 19,2 % zurückgegangen sei. Auch die Kartoffel, die Knolle mit der größten Präsenz und dem größten Verbrauch im Land, ist Teil der Nahrungsmittelknappheit.

Dina Boluarte ihrerseits kündigte einen vorgezogenen Termin für die Sitzung der Nationalen Vereinbarung an, die an diesem Montag, dem 9. Januar stattfinden wird, wo zum ersten Mal Mitglieder des Staatsrates und Regional Gouverneure anwesend sein werden, um „dringende Fragen für den sozialen Frieden zu besprechen“.

Bei den Protesten in Puno wurden mehrere Menschen verletzt. Nach Angaben der Ombudsstelle waren es 16 Betroffene, darunter 12 Zivilisten und 4 Polizisten. Der Flughafen Juliaca musste seine Einrichtungen aufgrund mangelnder Sicherheit und der Absicht der Übernahme durch die Demonstranten schließen. Hinzu kam der Brand eines Polizei Panzers in der Stadt Juliaca. Später wurden die Zahlen auf 22 verletzte PNP-Agenten nach oben korrigiert, nachdem sie mit selbstgebauten Waffen angegriffen worden waren.

Auch in Lima, an der Ecke des Parque Universitario, führte der Protest zu einer Konfrontation zwischen der Polizei und den Streikenden, die Übergriffe der Polizeikräfte anprangerten.

**7. bis 9. Januar** :

Die Proteste in mehreren Landesteilen radikalisieren sich zunehmend und die Gewaltbereitschaft auf Seiten der Demonstranten, wie auch der Ordnungskräfte nimmt erheblich zu.

Der Nationale Journalistenverband Perus (ANP) hat öffentlich Anzeige erstattet, weil drei Journalisten von der Polizei angegriffen wurden, um die Berichterstattung über die Proteste zu verhindern.

Einer von ihnen, der Peruaner Aldair Mejía, wurde von einem Projektil am Bein getroffen, als er eine Konfrontation in Juliaca fotografierte. Er erhielt Drohungen und Beleidigungen, weil er die kritischsten Momente des Protests festgehalten hatte. Außerdem versuchte die Polizei ihm die Akkreditierung als Journalist zu entziehen. Das Instituto Prensa y Sociedad (IPYS) schloss sich der Anzeige an. Das örtliche Krankenhaus (EsSalud) veröffentlichte über ihre sozialen Netzwerke die Zerstörung des Inneren eines ihrer Hauptquartiere auf der Plaza de Armas von Juliaca durch marodierenden Mob.

Durch Straßenblockaden gab es am 8. Januar auf nationaler Ebene 34 Straßen mit unterbrochenem Verkehr.

Das San Román - Juliaca Health Network berichtete, dass zwischen Freitag, dem 6. Januar, und Samstag, dem 7. Januar, 72 Verletzte unter Zivilisten und Polizisten behandelt wurden. 9 Zivilisten sind noch im Krankenhaus (6 aufgrund eines Schusswaffenprojektils), davon 2 in kritischem Zustand; und 1 der Verwundeten wurde nach Lima überwiesen. Die 12 Polizisten, die bei den Protesten in Juliaca verletzt wurden, kamen mit einem humanitären Flug in Lima an. Die Polizeibeamten wurden zur Behandlung in verschiedene Krankenhäuser in der peruanischen Hauptstadt verlegt. Darüber hinaus kamen 15 Menschen, die im Süden Perus gestrandet waren, mit demselben humanitären Flug auch in Lima an.

Der Bürgermeister Punos war beschämt über das Chaos, die Ausschreitungen und die starken Auswirkungen, die diese gewalttätigen Proteste in der Region Juliaca mit sich gebracht haben und forderte deshalb die Anwesenheit von Dina Boluarte, um die gewaltvollen Demonstrationen in Puno zu beruhigen

**9 Januar:** *Peru meldet mindestens 17 Todesfälle nach Protesten in Juliaca*
Weit entfernt von einer möglichen Beruhigung der Lage, eskaliert die Situation in der Stadt Juliaca bei einer versuchten Erstürmung des lokalen Flughafens durch rund 15.000 Demonstranten, in erschreckendem Ausmaß.

17 Demonstranten verlieren an diesem Tag bei den Ausschreitungen ihr Leben, in aller Regel durch den Einsatz von Schusswaffen und ein Polizist wird von einem wütenden Mob in seinem Dienstfahrzeug bei lebendigem Leib verbrannt. Die Zahl der Verletzten ist unüberschaubar, geht aber in die Hunderte. Unter den Opfern befinden sich gewalttätige Agitatoren, ebenso wie Unbeteiligte und sogar Minderjährige.

Die Gewaltexzesse auf beiden Seiten scheinen unkontrollierbar zu werden.

In einer Sondersitzung des Kongresses am nächsten Tag, sieht sich die Regierung scharfer Kritik ausgesetzt. Auch wenn die Mehrheit der Parlamentarier die Verursacher der Tragödie bei den gewalttätigen Agitatoren festmachen und den Ordnungskräften zubilligen, das Recht und sogar die Pflicht zu haben, die öffentliche Ordnung und Sicherheit mit allen Mitteln verteidigen zu müssen und natürlich auch das Recht auf Selbstverteidigung haben, wurde doch stark in Frage gestellt, wie es zu einem solchen Massaker kommen könne.

Wenn es dann auch noch nahezu zeitgleich in Brasilien zu sehr ähnlichen Ausschreitungen kommt, bei denen rund 1500 Personen verhaftet werden konnten, ohne ein einziges Todesopfer beklagen zu müssen, dann kommt die Regierung schon in schwere Erklärungsnöte!

**Liebe Freunde der Casa Verde.**

Die Ereignisse der letzten Tage spiegeln meines Erachtens nicht nur eine massive politische Krise wider, deren Beginn bereits viele Jahre zurückliegt, sondern vor allem auch ein gesellschaftliches Problem, für das seit allzu langer Zeit, keine angemessene Antwort gefunden wird.

Politische Agitatoren haben dieses Spannungsfeld für ihre Interessen zu nutzen verstanden und einer ohnehin schon labilen Demokratie den Krieg erklärt.

Flughäfen zu stürmen, Staatsanwaltschaften zu verbrennen, Straßen zu blockieren und Geschäfte zu plündern sind **keine** legitime Form des Protests, sondern Terror und damit Terrorismus.

Als verantwortlicher Politiker, ein Land als Selbstbedienungsladen für seinen skrupellosen Egoismus und Bereicherungssucht zu missbrauchen und die Korruption als politischen Standard zu kultivieren, ist ebenfalls verabscheuungswürdig.

Zwischen diesen beiden Extremen fehlt eine starke, demokratisch gewachsene und aktive Zivilgesellschaft, die das politische und gesellschaftliche Geschehen in Peru mitgestaltet.

Bis dahin werden wohl weiterhin ideologische Verbohrtheit, Intoleranz und ausufernde Gewalt auf allen Seiten, den Alltag des Landes bestimmen und weitere Opfer fordern.

Wir werden Sie weiterhin über die Geschehnisse in Peru auf dem Laufenden halten!

Für Weitere Informationen :

(die nachstehenden Informationen spiegeln nicht unbedingt meine persönliche Meinung wider. Im Sinne einer Meinungsvielfalt, finde ich die Berichte zulässig, wenn sie meines Erachtens auch nicht die Komplexität des Problems verstanden haben und in mancher Hinsicht intentional sind )

https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/peru-proteste-113.html

https://www.srf.ch/audio/echo-der-zeit/peru-kein-ende-der-politischen-unruhen-in-sicht?partId=12313927&fbclid=IwAR20jxH7IzjcMJH8RinZShIQcEF3yBEsyR8x1y4g6m1-xao9vBz341Na2xM